

## **Antrag**

**der Abgeordneten Florian Toncar, Dr. Karl Addicks, Daniel Bahr (Münster), Rainer Brüderle, Ernst Burgbacher, Patrick Döring, Jörg van Essen, Ulrike Flach, Horst Friedrich (Bayreuth), Dr. Edmund Peter Geisen, Miriam Gruß, Joachim Günther (Plauen), Dr. Christel Happach-Kasan, Heinz-Peter Haustein, Birgit Homburger, Hellmut Königshaus, Dr. Heinrich L. Kolb, Gudrun Kopp, Jürgen Koppelin, Heinz Lanfermann, Sibylle Laurischk, Ina Lenke, Michael Link (Heilbronn), Markus Löning, Horst Meierhofer, Patrick Meinhardt, Jan Mücke, Burkhardt Müller-Sönksen, Dirk Niebel, Hans-Joachim Otto (Frankfurt), Cornelia Pieper, Gisela Piltz, Jörg Rohde, Frank Schäffler, Dr. Konrad Schily, Marina Schuster, Dr. Rainer Stinner, Carl-Ludwig Thiele, Christoph Waitz, Dr. Claudia Winterstein, Dr. Volker Wissing, Hartfrid Wolff (Rems-Murr), Martin Zeil, Dr. Guido Westerwelle und der Fraktion der FDP**

### **Menschenrechtslage in Tibet verbessern**

Der Bundestag wolle beschließen:

#### **I. Der Deutsche Bundestag stellt fest:**

Seit Beginn der Proteste von Tibetern für die Durchsetzung ihrer religiösen und kulturellen Autonomierechte am 10. März 2008 sind die Augen der Weltöffentlichkeit auf das so genannte Dach der Welt gerichtet. Der Ausbruch von Gewalt sowie das repressive und völlig unangemessene Vorgehen der chinesischen Sicherheitskräfte gegen tibetische Demonstranten vor den Olympischen Spielen in Peking im August 2008 hat der Lage in der Autonomen Region Tibet (TAR) und den anderen von Tibetern bewohnten Gebieten eine neue Brisanz verliehen. Seit dem bewaffneten Volksaufstand der Tibeter von 1959 wurden Proteste immer wieder unterdrückt und gewaltsam beendet. Trotz der Verankerung der Autonomie- und Minderheitenrechte der Tibeter in der chinesischen Verfassung wird die tibetische Bevölkerung – wie auch andere Minderheiten, etwa die Gruppe der Uiguren – in der Ausübung ihrer kulturellen und religiösen Bräuche behindert. Darüber hinaus hat die Zentralregierung mit einer gezielten Ansiedlung von Han-Chinesen versucht, die Tibeter zu einer Minderheit in ihrer eigenen Heimat zu machen und sie dadurch zu marginalisieren. Die Investitionen in die Infrastruktur und in das Bildungssystem, welche von chinesischer Seite stets als Entwicklungsmaßnahme hervorgehoben werden, haben kaum einen positiven Einfluss auf den tibetischen Teil der Bevölkerung gehabt. Deshalb ist ihr Zugang zu Bildung und damit auch ihr Bildungsstand nach wie vor wesentlich schlechter als jener der Han-chinesischen Bevölkerung in Tibet.

Der Dalai Lama ist die von der Mehrheit der Tibeter anerkannte Autorität, sowohl in der Autonomen Region Tibet und den anderen von Tibetern bewohnten Gebieten als auch in der Exilgemeinde. Der Deutsche Bundestag begrüßt, dass

die chinesische Regierung die seit längerem unterbrochenen Gespräche mit den Vertretern des Dalai Lama wieder aufgenommen hat. Solche Gespräche müssen langfristig und zielgerichtet geführt werden. Die Ernsthaftigkeit der Gespräche muss sich in gegenseitigem Respekt zeigen und schließt verbale Angriffe gegen den Dalai Lama aus.

Der Deutsche Bundestag hält Gespräche von Repräsentanten der staatlichen Organe Deutschlands mit dem Dalai Lama, der als religiöser Führer der Tibeter das Prinzip der Gewaltlosigkeit zu einem seiner Leitgedanken gemacht hat, für richtig. Gleichzeitig sollte die Bundesregierung ihre bisherige Praxis, die Lage in Tibet auf bi- und multilateraler Ebene zu thematisieren, fortsetzen und intensivieren.

Die Olympischen Spiele in Peking verleihen den Ereignissen in Tibet eine gesteigerte Aufmerksamkeit. Olympische Spiele sind zuallererst ein Sportereignis und sollen nicht politisiert werden. Sie dürfen aber auch nicht dazu führen, dass über Menschenrechtsverletzungen hinweggesehen wird. Die Spiele sind auch an China vergeben worden, um unter dem Einfluss der Berichterstattung und einer breiten öffentlichen Aufmerksamkeit die Chance auf eine Verbesserung der Menschenrechtssituation zu eröffnen. Diese Chance muss von allen Beteiligten entschlossen ergriffen werden. Deshalb ist ein klares Bekenntnis zu den Menschenrechten von Seiten der Sportler, des IOC, der Politiker, Journalisten, Sponsoren und nicht zuletzt auch der Besucher zu begrüßen.

II. Der Deutsche Bundestag unterstützt einen konstruktiven Dialog zwischen der Bundesregierung und der Regierung der Volksrepublik China und fordert die Bundesregierung auf,

1. darauf hinzuwirken, dass die Regierung der Volksrepublik China den Dialog mit den Vertretern des Dalai Lama zielgerichtet und mit einem klaren Zeitplan führt und auf eine dauerhafte Verbesserung der Situation in Tibet hinarbeitet;
2. sich dafür einzusetzen, dass die religiöse und kulturelle Autonomie der Tibeter in der Autonomen Region Tibet und den anderen von Tibetern bewohnten Gebieten so anerkannt und vollständig umgesetzt wird, wie sie in der chinesischen Verfassung festgelegt ist;
3. darauf hinzuwirken, dass der Dalai Lama von der Regierung der Volksrepublik China als religiöses und kulturelles Oberhaupt der Tibeter anerkannt und ihm der Aufenthalt in China gestattet wird;
4. sich dafür einzusetzen, dass die bei den Unruhen festgenommenen Tibeter nach allgemeinen Menschenrechtsgrundsätzen behandelt, die gegen sie angestregten Verfahren nach rechtsstaatlichen Grundsätzen durchgeführt und friedliche Demonstranten rasch und bedingungslos freigelassen werden;
5. innerhalb des Rechtsstaats- und Menschenrechtsdialogs, aber auch bei multilateralen Verhandlungen, die Lage der Tibeter weiterhin anzusprechen;
6. bei diesen Gesprächen weiterhin die Problematik des verschwundenen tibetischen Panchen Lama (Gedhun Choekyi Nyima) anzusprechen und darauf zu drängen, dass die Volksrepublik China alle Vorschriften zurücknimmt, die eine der tibetischen Religion entsprechende Nachfolge des Dalai Lama verhindern;
7. darauf hinzuwirken, dass der wirtschaftliche und infrastrukturelle Aufschwung auch bei der tibetischen Bevölkerung ankommt, ihr Zugang zu Bildungseinrichtungen ermöglicht wird und die Siedlungspolitik nicht weiterhin als Maßnahme zur Marginalisierung der Tibeter genutzt wird;

8. nach der Unterzeichnung auch auf die Ratifizierung und Implementierung des Internationalen Pakts über bürgerliche und politische Rechte durch die Volksrepublik China hinzuwirken;
9. darauf zu drängen, dass die Einschränkungen der Pressefreiheit für alle Journalisten, sowohl für einheimische als auch für ausländische, aufgehoben werden und sich dafür einzusetzen, dass Journalisten, Berichterstatter und Diplomaten freien Zugang zur Autonomen Region Tibet und zu den anderen Gebieten erhalten, in denen Tibeter beheimatet sind;
10. sich dafür einzusetzen, dass während der Olympischen Spiele friedliche politische Äußerungen von Besuchern und Teilnehmern – im Rahmen der Olympischen Charta – nicht behindert werden;
11. darauf hinzuwirken, dass die Olympischen Spiele, wie von chinesischer Seite bei der Vergabe versprochen, dazu genutzt werden, die Menschenrechtslage in China und damit auch in Tibet zu verbessern.

Berlin, den 24. Juni 2008

**Dr. Guido Westerwelle und Fraktion**

